

t.311 Asien JZ/wb

3003 Bern, den 1. April 1975

Entwicklungszusammenarbeit in Asien

1. Asien hielt die Welt in letzter Zeit durch die verschiedensten Ereignisse in Atem. Völkerzwiste, der Einsatz des Oels als politische Waffe, der indische Atomtest und Naturkatastrophen verheerenden Ausmasses lieferten Schlagzeilen. Diese Vorkommnisse beeinflussten die Entwicklungszusammenarbeit mit den asiatischen Ländern stark.
2. Der geographische Arbeitsbereich der Sektion Asien ist genauer umschrieben mit "Europa, Asien und Ozeanien".

Nach Wegfall der Mitfinanzierung des Projekts "Aufbau Bergdörfer Insel Levkas" des Christlichen Friedensdienstes durch den Bund wird in Europa nur noch ein Projekt betrieben und eines nachbetreut (Malta: Lehrwerkstatt Elektronik; Türkei: Milchwirtschaft Kars/Istanbul - Follow-up).

In Ozeanien unterhält der DftZ keine Aktivität.

In Asien setzte der Delegierte für technische Zusammenarbeit in der Vergangenheit folgende zwei Schwerpunkte:

- Nepal
- Indien

Indonesien war auf dem besten Wege, einer zu werden.

Daneben werden in den folgenden asiatischen Ländern Projekte betrieben oder mitfinanziert:

- Afghanistan (politisch unbelastet)
- Bangla Desh
- Bhutan
- Iran (Geological Survey)
- Jordanien (Kleinprojekte Botschaft)
- Khmer
- Laos
- Libanon
- Malaysia
- Malta
- Pakistan
- Philippinen (Kleinprojekte Botschaft)
- Sri Lanka
- Thailand
- Türkei

3. Hier eine kurze Würdigung der einzelnen Länder aus der Sicht der Sektion Asien:

Afghanistan:
(14'586'000
Einwohner)

Projekte erst am Anfang. Zusammenarbeit mit Regierung muss sich noch einspielen. Im Moment kein neues Projekt.

Bangla Desh:
(72'400'000
Einwohner)

Umgang mit Regierung dem Vernehmen nach schleppend und schwierig. Korruption, chaotische Zustände. Die nach Beendigung des indisch-pakistanischen Konflikts entstandene Begeisterung und Hilfsbereitschaft für den jungen Staat droht zu verebben. Die schweizerische diplomatische Vertretung ist sehr zurückhaltend. Um eine Informations- und Prospektionsreise wird man nicht herkommen.

Bhutan:
(917'000
Einwohner)

Das Verhältnis zur Regierung ist gut. Mit dem bescheidenen aber wirkungsvollen Bundesprojekt "Coenurosebekämpfung" und der Mitfinanzierung der grossen Aktion "Land- und Forstwirtschaft Bhuntang" der Stiftung Pro Bhutan sind die für ein so kleines Land einzusetzenden Mittel beinahe erschöpft. Indien verfolgt die Entwicklung in Bhutan aufmerksam. Es hält schwer, die erforderlichen Durchreisevisa zu erhalten. Nach unseren Erfahrungen ist das kleine Land ein guter Boden für die Entwicklungszusammenarbeit.

<u>Iran:</u> (29'780'000 Einwohner)	Projekte Naturschutzreservate und Geological Survey im Auslaufen. Oelland. Keine weiteren Aktionen geplant.
<u>Jordanien:</u> (2'380'000 Einwohner)	Ueber die Partnerschaft mit der Regierung kann noch nichts ausgesagt werden. Unser Materialdienst hat grosse Mühe, den Wünschen des jordanischen Gesundheitsministeriums in der Beschaffung einer geländegängigen mobilen Klinik für die Beduinen nachzukommen. Wahrscheinlich wird der Kleinkredit der Botschaft (Fr. 50'000.--) dazu nicht ausreichen. Der schweizerische Botschafter in Amman drängt auf rasche Ablieferung. Jordanien darf als "gemässigt" arabisches Land gelten. Wir gedenken dort kleinere Aktionen durchzuführen.
<u>Khmer:</u> (7'692'000 Einwohner)	Der kriegerischen Ereignisse wegen sind die Arbeiten für die Wasserwirtschaftsstudie Battambang eingestellt.
<u>Laos:</u> (3'030'000 Einwohner)	Zusammenarbeit mit Regierung unauffällig. (Kleinprojekt Botschaft und Radio rurale)
<u>Libanon:</u> (2'804'000 Einwohner)	Kein Bundesprojekt. Unterstützung der Uhrmacherschule der FH und des Pädagogischen Instituts Beirut (UNRWA/UNESCO).
<u>Malaysia:</u> (11'160'000 Einwohner)	Beziehungen zur Regierung normal. Kein Prioritätsland.
<u>Malta:</u> (330'000 Einwohner)	Umgang mit Regierung anfänglich nicht einfach. Kein Prioritätsland.
<u>Pakistan:</u> (62'700'000 Einwohner)	Zusammenarbeit mit Regierung nicht leicht. Die Asiensektion ist an guten Projekten in Pakistan interessiert.
<u>Philippinen:</u> (37'919'000 Einwohner)	Kleinprojekt Botschaft. Zusammenarbeit mit Regierung unerprobt. Prospektion angezeigt.
<u>Sri Lanka:</u> (12'849'000 Einwohner)	Partnerschaft mit Regierung, soweit feststellbar, normal. Für ein weiteres gutes Projekt wäre Platz.

Thailand: (37'340'000 Einwohner)	Zusammenarbeit mit Regierung normal. Kein Prioritätsland.
Türkei: (36'160'000 Einwohner)	Nur noch Follow-up Mission. Kein Priori- tätsland.

4. Zur Zeit engen verschiedene Auflagen den Aktionsradius der Asien-
sektion stark ein. Es sind dies:

- die Weisung des Departementsvorstehers, in der Entwicklungszu-
sammenarbeit mit den arabischen Ländern allergrösste Zurückhal-
tung zu üben, die allerdings kürzlich in dem Sinne präzisiert
und abgemildert wurde, dass kleinere Aktionen in den "gemässigt-
en" arabischen Ländern nun gestattet sind;

*Wolke diese
Formulierung?*
die Ankündigung des Departementschefs, keine Anträge für Projekte
in erdölproduzierenden Ländern mehr zu unterzeichnen, welche
schweizerische Leistungen vorsehen, die dem betreffenden Ent-
wicklungsland selber zugemutet werden können". Diese Formulierung
bewirkt, dass zum Beispiel bei allen Aktionen in Indonesien er-
messen werden muss, ob sie von Indonesien selber finanziert wer-
den können oder nicht;

- die Interpellation Kloter, welche nach der Durchführung der indi-
schen Kernexplosion die gänzliche Einstellung der schweizerischen
Entwicklungszusammenarbeit mit Indien verlangt und die Antwort
des Bundesrates vom 5. Dezember 1974, die in Aussicht stellte,
dass man in der Auswahl neuer Projekte in Indien sehr selektiv
vorgehen werde.

5. Alle diese Verfügungen verfolgen den Zweck, der Entwicklungszusam-
menarbeit als Ganzes die Billigung des Volkes und des Parlaments
zu erhalten. Die von den beiden Kammern verfügte Kürzung des UNESCO-
Beitrages ist vom Departementschef als "emotioneller Fehlentscheid"
bedauert worden.

Die Asiensektion hat deshalb Grund zur Annahme, dass die unter
Punkt 4) angeführten Weisungen nur vorübergehenden Charakter haben.
Der Befolgung ist nach unserer Ansicht so vorsichtig nachzuleben,
dass kein irreparabler Schaden entsteht. Unsicherheit herrscht hin-
sichtlich Gültigkeitsdauer der Einschränkungen. Die Asiensektion

wird im geeigneten Zeitpunkt begründete Vorschläge für die Mildereung oder Aufhebung unterbreiten.

Die Kernpunkte der schweizerischen Aussenpolitik: Neutralität, Solidarität, Disponibilität und Universalität spielen nach unserem Dafürhalten gerade in der Entwicklungszusammenarbeit eine entscheidende Rolle. Die Begriffe sind zuhanden der interessierten Öffentlichkeit verständlich auszulegen und ihre Handhabung im normalen und aussergewöhnlichen Fall zu erklären. Die Sektion wird versuchen, über die eigentliche Asienpolitik hinaus Policy-Papers über einzelne Länder zu verfassen.

7. Die Politik der Sektion Asien ist neu zu überdenken. Es ist von den folgenden Ueberlegungen auszugehen:

Gemäss Weltbankatlas 1973 weisen die nachfolgend aufgeführten Länder die niedrigsten Prokopfeinkommen auf:

	<u>US \$</u>
Bangla Desh	70.
Afghanistan	80.
Bhutan	80.
Burma	80.
Sikkim	80.
Indonesien	90.
Maldiven	90.
Nepal	90.
Vietnam Demokratische Republik	100.
Sri Lanka	100.
Indien	110.
Jemen, Demokratische Republik	120.
Laos	120.
Khmer Republik	130.
Pakistan	130.

So betrachtet stehen die bisherigen Schwerpunktländer in Asien mit der Forderung, die schweizerische Hilfe den bedürftigsten Ländern zukommen zu lassen, gut im Einklang.

In Bangla Desh, dem wohl bedürftigsten Land, ist der Einsatz nach den uns zugänglichen Informationen schwierig. Die Projekte bedürfen demnach einer besonders sorgfältigen Vorbereitung. Die Asien-sektion wird je nach den zur Verfügung stehenden Mitteln die Prospektion in Bangla Desh 1975 betreiben.

Die Zusammenarbeit mit Afghanistan muss sich erst noch einspielen. Es sei hier daran erinnert, dass sich die HELVETAS für ein Regieprojekt in Asien - und namentlich in Afghanistan - stark interessiert.

Neben unserer Unterstützung des land- und forstwirtschaftlichen Projektes BHUMTANG der Stiftung Pro Bhutan kann in Bhutan höchstens noch die Grundlagenforschung für die Chowry-Zucht erwogen werden.

In Burma wird keine eigentliche Prospektion betrieben. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung wird aber aufmerksam verfolgt.

Aus politischen Gründen fällt Sikkim ausser Betracht.

Es wird ein Papier über die Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit mit Indonesien ausgearbeitet und der Direktion zur Stellungnahme unterbreitet werden.

Mit dem Finanzhilfekredit, der Regionalentwicklung in Ostnepal, dem Brückenbau, der Lieferung von Zement und Stahl im Rahmen des Appells Waldheim sowie der Unterstützung der Helvetas-Projekte erhält Nepal eine bedeutende Bundeshilfe. Eine ins Gewicht fallende Ausweitung des Programms steht zur Zeit nicht zur Rede.

Die Entwicklung in der Demokratischen Republik Nord Vietnam wird aufmerksam verfolgt. Bekanntlich ist in der Schweizer Presse auch schon gegen den Einsatz schweizerischer Entwicklungshilfe in kommunistischen Ländern polemisiert worden. Eine gewisse Zurückhaltung ist am Platz.

Aus Sri Lanka wird zur Zeit neben der Weiterführung des Meteorologie-Projektes ein Hilfsgesuch studiert. Die Asiensektion versucht, mit einem weiteren Projekt in diesem Land etwas fester Fuss zu fassen und mehr Erfahrung zu sammeln.

Nach der Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Kloter geht es nach unserem Dafürhalten nun in erster Linie darum, in Indien neue Projekte um die laufenden erfolgreichen Aktionen herum zu groupieren. Auch für die Entwicklungszusammenarbeit mit Indien wird ein Grundsatzpapier ausgearbeitet.

Die Demokratische Republik Jemen wird von der Asiensektion als "gemässigt" arabisches Land betrachtet, dem Entwicklungshilfe in angemessenem Ausmass zugeleitet werden kann.

Laos bleibt in unserem Gesichtskreis. Mit dem Projekt "Radio Rurale" können wir erste Erfahrungen sammeln. Je nach Entwicklung der Dinge können später weitere Aktionen ins Auge gefasst werden.

Die Republik Khmer ist weiterhin unbefriedet. Das Projekt Battambang ist immer noch eingefroren. Zu gegebener Zeit wird zu prüfen sein, ob es weitergeführt werden kann oder ob andere, dringendere Wünsche zu erfüllen sind.

Die Asiensektion setzt sich stark für eine stärkere Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan ein. Zur Zeit liegt ihr ein Gesuch für die Einrichtung eines "Dairy Institute" an der Universität Lyallpur vor. Je nach dem Stand der verfügbaren Mittel gedenken wir dem pakistanischen Wunsch zu entsprechen. Nicht ganz vergessen werden darf ein älteres Gesuch für die Unterstützung eines Berufsbildungszentrums in KHALABAT. Es ist denkbar, dass uns diese Bitte später neu vorgelegt wird.

Eine Sache für sich ist die Entwicklungszusammenarbeit mit den arabischen Staaten. Das Kapitel ist stark emotionsbeladen. Es hält offensichtlich schwer, hier zu einer differenzierten Betrachtung zu kommen. Allzu leichtfertig wird pauschaliert und die Frage mit der Bemerkung verabschiedet, die reichen arabischen Länder hätten für die Kosten der Entwicklung der armen Brudernationen aufzukommen. Wir erachten eine solche Haltung als den langfristigen Interessen der Schweiz abträglich. Erstens dient sie dem allerorten gepredigten Abbau von Spannungen in der Welt nicht. Es wird gesagt, Entwicklungszusammenarbeit sei Friedenspolitik. Wenn dem so ist, sollte nicht ein bedürftiger Teil der Weltbevölkerung aus irgendwelchen politischen A priori heraus einfach nicht zur Kenntnis genommen werden. Damit wird nur die Polarisierung gefördert, und die arabischen Staaten suchen den Ausweg im Panarabismus, dessen Folgen vielleicht später zu beklagen sein werden. Die Frage sollte nach unserem Dafürhalten unter dem Gesichtspunkt der wachsenden weltweiten Abhängigkeit erörtert werden.

Ohne Zweifel werden neue Formen der Zusammenarbeit gesucht werden müssen. Die Forderung, dass die mit dem Erdöl verdienten Gelder in den Dienst einer sinnvollen Entwicklung der Dritten Welt einzusetzen sind, besteht zu Recht. Es wird hier an ein Dreiecksverhältnis nach deutscher Vorstellung gedacht. Die erdölproduzierenden Länder würden das Kapital zur Verfügung stellen, die Schweiz das Management und das Know-how, während die Empfängerländer die ihren Möglichkeiten angemessenen Partnerleistungen erbringen würden. Die diplomatischen Vertretungen in den betreffenden Ländern sollten zu gegebener Zeit für diese Zusammenarbeitsform interessiert werden. Unter Umständen könnte sich die Informations- und Prospektionsreise einer hochgestellten Persönlichkeit des DftZ als einträglich herausstellen. Die Konzeptionisten des Dienstes hätten vorher die entsprechenden Grundsatzpapiere auszuarbeiten.